

20.01.2016 Politik

Gesundheitsexperte erwartet Systemreform an der Grenze zwischen GKV und PKV

Krankenkassen direkt



Seit Jahren fordern SPD, Grüne und Linke den Systemwechsel zu einer Bürgerversicherung. Einzig die Union hält dagegen, womit sie sich auch innerhalb der aktuellen Koalition durchgesetzt hat. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Zinsflaute und der jüngsten Ausgabendynamik könnte eine Systemreform in der Krankenversicherung jedoch schon bald notwendig werden.

Der Gesundheitsökonom Stefan Greß hält einen Systemwechsel in der Krankenversicherung in den nächsten Jahren für sehr wahrscheinlich. Seiner Ansicht nach ist das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung (GKV/PKV) in Deutschland nicht mehr lange haltbar. Der Wochenzeitung "Das Parlament" (Montagausgabe) sagte der Gesundheitsexperte von der Hochschule

Fulda: "Ich halte die Halbwertszeit der PKV für überschritten und glaube, dass wir in den nächsten fünf bis zehn Jahren eine Systemreform an der Grenze zwischen GKV und PKV erleben werden."

Er fügte zur Begründung hinzu: "Die niedrigen Zinsen sind eine Zeitbombe, die in der PKV tickt und die über kurz oder lang zu massiven Prämienerrhöhungen führen wird." Spätestens dann werde die Diskussion um die Bürgerversicherung noch einmal neu aufleben. SPD, Grüne und Linke im Bundestag werben schon länger für die Bürgerversicherung. Auch Greß hält es für "grundsätzlich sinnvoll, die Versicherungslast auf mehr Schultern zu verteilen und auch auf die, die leistungstärker sind". Das würde eine Abkehr von der privaten Krankenvollversicherung bedeuten.

Weiter steigende Zusatzbeiträge erhöhen Druck

Greß geht überdies von kontinuierlich steigenden Zusatzbeiträgen in der GKV aus. Die Beitragssatzanhebung von 0,2 Prozent wie in diesem Jahr im Schnitt werde "eher am unteren Rand des jährlichen Zuwachses sein". Er rechne für 2017 mit einem Zuwachs von 0,4 Prozent. Das werde den Druck auf die Politik erhöhen, die Ausgaben einzugrenzen oder das System zu ändern.

Die derzeit noch moderate Beitragssatzanhebung hänge damit zusammen, dass einige Krankenkassen aus der Vergangenheit noch Reserven hätten, die seien aber jetzt weitgehend aufgebraucht. Greß sagte voraus: "Die jüngste Ausgabendynamik wird sich in den nächsten Jahren eins zu eins auf die Beitragssätze auswirken."





Beitragsfixierung für Arbeitgeber problematisch

Für problematisch hält Greß die von der Regierung beschlossene dauerhafte Festschreibung des Arbeitgeberanteils in der GKV. Künftig müssten allein die Arbeitnehmer die Ausgabenzuwächse finanzieren. "Das ist in jedem Jahr ein kleinerer Betrag. Es wird sich aber langfristig zu einem größeren Problem auswachsen, dass die Arbeitgeber da aus der Verantwortung herausgenommen sind."

Über 20 Milliarden Mehrkosten bis zum Jahr 2025

Grund für die steigenden Beiträge sind seiner Meinung nach die hohen Ausgaben. "Wir haben eher Ausgabenwachstum durch neue Gesetze als Kostendämpfung", sagte Greß und fügte hinzu: "Hier ist spürbar, dass die Arbeitgeber kein Interesse mehr an einer Begrenzung des Ausgabenwachstums haben."

Der Bundestag hat im vergangenen Jahr mehrere große und teure Reformvorhaben im Gesundheitswesen beschlossen, darunter die Krankenhausreform. Greß geht davon aus, dass die Reformvorhaben bis zum Jahr 2020 Mehrkosten von 20 bis 25 Milliarden Euro bringen. Das werde auf die Zusatzbeiträge voll durchschlagen.

| Weiterführende Informationen | |
|---|---|
| Beitragssätze bis 16,3% lösen Diskussion um Beitragsgerechtigkeit aus |  |
| Koalitionsverhandlungen 2013: Gesundheit wird Chefsache |  |
| Gesundheitskonzepte der Parteien im letzten Bundestagswahlkampf |  |
| "Das Parlament": Komplettes Interview mit Stefan Greß im Wortlaut |  |

Quelle: Krankenkassen direkt, Postfach 71 20, 53322 Bornheim, <http://www.krankenkassen-direkt.de>